arbeitsblätter

nummer 2

bedingungen sozialistischer praxis / michael vester

die arbeitsblätter werden für die mitglieder des sds herausgegeben. in ihnen stellt der bundesvorstand des sds aufsätze, referate, protokolle, arbeitskreisergebnisse zur diskussion. sie sind nicht nur zur selbstverständigung gedacht. sie wollen zugleich als hinweise für unsere politische praxis verstanden sein. sie bleiben internes arbeitsmaterial, entstanden durch mitarbeit der gruppen und zufällige ereignisse. verantwortlich: manfred liebel, bundesvorsitzender des sozialistischen deutschen studentenbundes, 6000 frankfurt/ main w 13, kurfürstenstraße 8, tel. 77 64 22.
nummer 2 ist erschienen im juni 1964

Michael Vester:

BEDINGUNGEN SOZIALISTISCHER PRAXIS

In der "neuen kritik" 21 hat die Diskussion um die Strategie der Sozialisten in Westdeutschland begonnen. Diese ersten drei Artikel sagen noch nicht viel über die Richtung der Debatte und die bisherigen Diskussionen und Intentionen der Redaktion aus. Die Elemente einer neuen sozialistischen Strategie sollen auch nicht allein von der Redaktion und den bisherigen Autoren der "neuen kritik", sondern in der Diskussion innerhalb des gesamten SDS entwickelt werden. Aus diesem Grunde möchte ich der Vorsitzendenkonferenz einige Thesen über die Bedingungen sozialistischer Praxis vorlegen, die wir schon auf dem Landesseminar in Nordrhein-Westfalen vor vierzehn Tagen diskutiert haben. Es handelt sich um Thesen und nicht um ein fertiges Programm, über das schon letzte Klarheit besteht. Wir sollten daher, wenn wir nachher darüber diskutieren, nicht fragen wie ein Konsument fragt: können wir das brauchen, was uns hier angeboten wird, oder soll man uns was andres anbieten? Solches passives Verhalten wäre autoritär. Wir sollten vielmehr versuchen, selber an diesen Thesen zu arbeiten und sie in der Kritik weiterzuentwickeln bzw. Alternativen dazu vorzulegen.

In meinem Referat werde ich zunächst zusammenfassen, was die beste marxistische Tradition bisher unter sozialistischer Kritik verstanden hat; ohne solche Begriffserklärungen könnte es im weiteren Verlauf des Referats vielleicht zu Mißverständnissen kommen. Danach möchte ich kurz auf das kapitalistische Grundproblem, seine Krisenanfälligkeit, eingehen und die historischen Entwicklungsphasen des Kapitalismus darstellen. Schließlich möchte ich einige Thesen über die spezifischen Entwicklungsgesetze des Spätkapitalismus vorlegen, über neue Formen der Machtstrukturen, der sozialen Konflikte und die wesentlich neue Form der Wirtschaftskrise. Dies sind die Bedingungen sozialistischer Praxis, auf die selbst ich im letzten Abschnitt unter dem Thema "Reform oder Revolution" eingehen werde.

I. Was ist sozialistische Kritik?

Sozialistische Kritik ist immer mehr als irgendein moralischer Protest gewesen; sie war zugleich immer auch verändernde Praxis. Aber nicht eine Praxis aufs Geratewohl, die, unbeirrt von objektiven Prozessen der Ökonomie, der Politik und des Bewußtseins, immer denselben abstrakten Kriterien folgt. Sozialistische Kritik hängt vielmehr aufs engste zusammen mit dem Phänomen der Krise; sie ist in der marxschen Tradition verstanden worden als der Geburtshelfer bislang unterdrückter objektiver und subjektiver Tendenzen. Objektiver Tendenzen wie der Wirtschaftsstruktur; subjektiver Tendenzen wie der bewußten oder halbbewußten Unzufriedenheit der breiten Massen mit ihrer Lage.

Zu jeder Aktion gehört zweierlei, objektive und subjektive Faktoren, eine vorgegebene Situation, die Chancen bietet, und Menschen, die diese Chancen nutzen. Man kann 1000 Gärtner in die Sahara schicken; und aus ihr wird doch kein Paradies.

Marx schrieb "Zur Kritik der politischen Ökonomie"

> "Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind." (Berlin 1951, S.14)

Noch deutlicher drückt Marx sich in der Einleitung zur Kritik der hegelschen Rechtsphilosophie aus:

> "Einer RADIKALEN deutschen Revolution scheint indessen eine Hauptschwierigkeit entgegenzustehen.
>
> Die Revolutionen bedürfen nämlich eines PASSIVEN Elements, einer MATERIELLEN Grundlage. Die Theorie wird in einem Volke immer nur so weit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist ...
> Es genügt nicht, dass der Gedanke sich zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muss sich selbst zum Gedanken drängen ... Eine radikale Revolution kann nur die Revolution radikaler Bedürfnisse sein, deren Voraussetzungen und Geburtsstätten eben zu fehlen scheinen."
> (Die Heilige Familie und andere Frühschriften, Berlin 1953, S.21)

Das Verhältnis beider Faktoren zueinander ist kein zufälliges; der Wunsch nach Veränderung wurzelt nicht in abstrakten Weltverbesserungsideen, sondern in der Unzulänglichkeit der Verhältnisse selbst, und zwar in der allgemeinen Unzulänglichkeit, die auch allgemein erfahren werden kann. Sozialistische Kritik wird materielle Gewalt nur im Zusammenhang mit den unzufriedenen Massen selbst.

Zur veränderten Praxis gehört schließlich auch eine Vorstellung vom humaneren Zustand der Gesellschaft, eine Utopie. Die Menschen werden nun nicht mit einem "Freiheitsstreben" geboren, das ihnen vom Himmel der Ideen in die Wiege gelegt wurde. Dieses ist vielmehr ein Resultat der Erfahrung. Wenn die Arbeiter nicht wissen, wie Muße, ein langer sorgenfreier Urlaub, ein großes Kotelett oder maßgeschneiderte Schuhe sind, dann wissen sie auch nicht, daß es etwas besseres geben kann als das, was ist. Dazu hat Helmut Kentler in der "neuen kritik" 21 einiges gesagt. Es ist ausserordentlich fraglich, ob Wohlstand unbedingt verdummt und ob die Bedingung für radikale Aktionen nur das radikale Elend ist. Eine Utopie läßt sich nicht abstrakt lehren.

Denn auch die Apathie, die dem Wohlstand zugeschrieben ist, enthält zugleich Kritik an den Apparaten bürokratischer Herrschaft, an den politischen Parteien, an der heutigen"Mitbestimmung" und an den Gewerkschaften. Das "man kann ja doch nichts dagegen tun" enthält eine reale Einsicht in die Übermacht der Herrschaftsverhältnisse. Zu bezweifeln ist ferner auch die oft behauptete Allmacht des kulturellen Apparats, der Erziehung und der Massenmedien, die Menschen restlos über ihre wirklichen Erfahrungen hinwegzutäuschen So sehr die Apathie sich in die herrschenden Verhältnisse einfügt, so sehr enthält sie auch in sich die Ansatzpunkte einer neuen sozialen Dynamik, die freilich zur Geltung gebracht werden müssen.

Wenn der Sozialismus keine abstrakte Idee, sondern ein wirkliche Bewegung ist, dann müssen wir zwischen notwendigen und hinreichenden Bedingungen des Sozialismus unterscheiden. Es ist z. B. eine abstrakte Idee, daß der Sozialismus die Aufhebung des Privateigentums sei; das kann der Kapitalismus alleine, das können auch Faschistische Systeme mit zentralistischem Staatseigentum. Die Aufhebung des Privateigentums ist eine notwendige Bedingung des Sozialismus; hinreichende Bedingungen sind aber erst geschaffen, wenn sich dazu die Mitbestimmung, die effektive Arbeiterkontrolle selbst, gesellt, um ein Gegengewicht zu den bürokratischen Wirtschaftsmächten zu bilden, die immer der Gefahr der Verselbständigung ausgesetzt sind.

Dieser Punkt ist für die Sozialisten nicht von rein akademischem Interesse. Wenn wir uns einseitig auf Teilbereiche der Gesellschaft kaprizieren, kann diese fatale Konsequenzen haben. Ein isolierter ökonomischer Determinismus ist letztlich inhuman. Eine Fetischisierung der politischen Aktion führt zur Resignation, wenn wir dabei die Möglichkeiten sozialistischer Praxis in anderen gesellschaftlichen Bereichen geringschätzen und zugleich einsehen müssen, daß politisch "nichts drin" ist. Es kommt vielmehr darauf an, stets die Totalität der Gesellschaft im Auge zu behalten.

Karl Korsch hat aufgewiesen, daß die theoretische Kritik ebenfalls nicht vernachlässigt werden darf. Dazu ein Beispiel. Einige von uns haben sich gefragt, warum in der "neuen kritik" immer diese "umständliche" Auseinandersetzung mit den pluralistischen Schichtungstheorien geführt werde. Es sei doch ganz klar, daß wir heute noch Klassenverhältnisse haben. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß für Sozialisten auch der Spätkapitalismus eine antagonistische Gesellschaft ist. Es kommt aber darauf an, daß es auch jenen klar wird, die nicht Sozialisten sind. Der Pluralismus ist die herrschende Ideologie; er ist deshalb kein bloßes Hirngespinst, sondern zugleich eine mächtige materielle Gewalt. Gäbe es ihn nicht, so fehlte ein wichtiger stabilisierender Faktor des herrschenden Systems. Aber es gibt ihn: in der SPD, in einigen Gewerkschaften, in den Massenmedien, in den Köpfen unserer Lehrer und Professoren und nicht zuletzt in den Köpfen fast aller unserer Kommilitonen, die wir für uns gewinnen wollen. Der Pluralismus ist - wie jede Ideologie - keine hundertprozentige Erfindung; er kann sich auf reale gesellschaftliche Entwicklungen berufen: auf die Existenz zahlreicher Interessenverbände, auf die Zunahme der Angestelltenberufe und die Differenzierung der Lohnarbeiterschaft. Es genügt also nicht, zu prophezeien, was unseres Wissens hinter diesem Schleier liegt; wir müssen ihn selber zerreißen. Anderenfalls können wir nur weiter im eigenen Saft schmoren und auf gesellschaftlichen Einfluß, auf Praxis, verzichten. Wir wissen, daß Überwinterungstheorien uns nicht weiterhelfen; es genügt nicht, bloße Kader- und Schulungsarbeit für einen kommenden Tag zu betreiben.

Der Kern der Marxschen Theorie war die Kritik der politischen Ökonomie, und zwar der bürgerlichen Ökonomie seiner Zeit. Es genügt nicht, bei uns die Schlachten der letzten Jahrhunderte noch einmal zu schlagen. Wir brauchen eine Kritik der modernen politischen Ökonomie, eines Keynes, Galbraith, Hansen, Schumpeter, Rostow und Heller. Diese aber gibt es nicht. Daran krankt unsere Bewegung. Daran krankt auch die "neue kritik".

Um zusammenzufassen: sozialistische Praxis ist eine doppelte; sie will die materielle Struktur der Gesellschaft und das Bewußtsein ihrer Subjekte ändern. Sie bezieht ihre Kriterien aus den Verhältnissen in ihrer Gesamtheit selbst und nicht aus "Ideen" oder isoliert aus gesellschaftlichen Teilbereichen.

II. Das kapitalistische Grundproblem

Das Gleichgewicht und die Stabilität jeder Gesellschaft hängt von der Einhaltung eines Minimums ökonomischer Gesetzmäßigkeiten ab. Im Kapitalismus müssen die produzierten Güter zu einem Preis verkauft werden, der über ihren Herstellungskosten liegt, der also eine Profitspanne enthält. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen müssen also die Lohnkosten, d. h. die Kaufkraft, immer geringer sein als das Warenangebot; denn von der Kaufkraft wird immer das abgeschöpft, was für Kapitalinvestitionen angeeignet werden soll. Investieren bedeutet, daß die Produktivität und das Produktionsvolumen immer mehr gesteigert werden; es wird zuviel produziert, und unverkaufte Güter müssen sich aufstauen. Dieser Prozeß der Überproduktion und Unterkonsumtion ist strukturell notwendig, solnge private Profite geschöpft werden; das kapitalistische Wirtschaftssystem ist prinzipiell krisenanfällig.

Gesellschaftliche Prozesse haben jedoch nicht die Naturgesetzlichkeit und unabdingbare Notwendigkeit an sich wie solche, die die Naturwissenschaften beobachten. Die Theoretiker der zweiten Internationale, die dem ökonomischen Determinismus anhingen, haben beispielsweise geglaubt, der Kapitalismus müsse mit Naturnotwendigkeit in sich zusammenbrechen und automatisch zum Sozialismus führen. So haben viele sozialdemokratische Parteien in der Weltwirtschaftskrise die Hände in den Schoß gelegt und es dem Faschismus überlassen, die große Krise zu beenden. Die beste Darstellung dieser Praxis hat bisher Joseph Buttinger in seinem Buche "Am Beispiel Österreichs" geliefert.

Wenn die Sozialisten heute an der naturwissenschaftlichen Gesellschaftstheorie festhalten, werden sie an der Heraufkunft eines neuen autoritären Systems mitschuldig. Wenn wir z. B. sagen, es sei ja "politisch nichts drin" und man müsse Kader schulen bis die große Krise kommt, verpassen wir letzte Chancen. Aus diesem Grunde müssen wir uns den kapitalistischen Grundwiderspruch noch einmal, und zwar konkreter und historisch, vor Augen halten.

III. Die Entwicklungsphasen des Kapitalismus

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus ist bis heute der zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen; dieser Widerspruch ist zugleich ein Verhältnis zwischen Menschen, also nicht "rein ökonomisch", sondern zugleich konstitutiv für ein Herrschaftsverhältnis. Zu den Produktivkräften, der Resourcen der Produktion, gehören nicht nur Rohstoffe und Maschinen, sondern auch menschliche Arbeitskraft, die auch als Kaufkraft auf dem Warenmarkt auftritt. Die Produktionsverhältnisse schreiben vor, wie die Produktion organisiert wird und daß aus unbezahlter Mehrarbeit Mehrwert geschöpft wird; auch sie sind in Menschen personifiziert. Die Produktionsverhältnisse sind eng verbunden mit einem zweiten Verhältnis, den Distri-

butionsverhältnissen;der Mehrwert muß ja erst auf dem Warenmarkt durch den Verkauf der Waren in seiner Geldform realisiert werden.

Der Widerspruch des Kapitalismus ist also ein doppelter, und zwar ein mikroökonomischer und ein makroökonomischer. Auf die Bedeutung dieser Unterscheidung hat vor allem der polnische Politökonom Oskar Lange hingewiesen.("The Political Economy of Socialism", Den Haag 1958)

1. Der mikroökonomische Widerspruch: Sein Ort ist der Betrieb, in dem sich Unternehmer und Arbeitnehmer in einem strukturell notwendigen Herrschaftsverhältnis gegenübertreten. Streitpunkt ist die Schöpfung des Mehrwerts durch Ausbeutung der Arbeitskraft. (Ich werde am Ende des Referats aufzeigen, inwiefern dieser Konflikt heute zunimmt und tendenziell das Fortbestehen des Kapitalismus bedroht.)

2. Der makroökonomische Widerspruch: Sein Ort ist der Konsumgütermarkt, auf dem sich beide Seiten noch einmal gegenübertreten, und zwar als Angebot und Nachfrage. Streitpunkt ist die Realisierung des Mehrwerts. Wenn diese nicht gelingt, kommt es zu einer Wirtschaftskrise.

Der makroökonomische Widerspruch war bislang derjenige, der von den Sozialisten am wichtigsten genommen wurde; diese Einstellung ist heute nicht mehr berechtigt, hatte jedoch früher gewichtige Gründe. Denn Überproduktionskrisen gefährdeten nicht nur die wirtschaftliche Reproduktion, sondern auch die politische Herrschaft des Kapitalismus. Die Wirtschaftskrise ist nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein politisches Problem.

In der Wirtschaftskrise kam es darauf an, die Realisierung des Mahrwertes dadurch zu ermöglichen, daß man neue Nachfrage schuf. Zunächst sinken in der Krise selbst die Kosten der Maschinen und die Löhne, also die Produktionskosten. Somit sind selbst bei niedrigeren Preisen noch Profite möglich. Aber damit ist noch keine neue Nachfrage geschaffen. Dies ist in der Geschichte des Kapitalismus auf sehr verschiedene Weisen geschehen.

1. Industrialisierung: Im Frühkapitalismus entstanden durch Erfindungen wie der Dampflokomotive, des Benzins- und Elektromotors und des Kunstdüngers immer wieder neue Industriezweige, die Unternehmern Aufträge und Arbeitern Einkommen verschafften. Besonders erwähnenswert ist die durch den Eisenbahnbau erzeugte Konjunktur. Bis in die Zwanzigerjahre war die Automobilindustrie das Rückgrat der Wirtschaft. Danach erschöpfte sich der Anstoß, der von neuen Erfindungen ausging; heute, in der durch Automation gekennzeichneten neuen "industriellen Revolution" wird dieser Faktor wieder bedeutsam.

2. Das Ausland kauft: der Export ermöglicht die Realisierung des Mehrwerts; dies war die Ursache der Imperialismusphase des Kapitalismus; als es keine Kolonien mehr zu erobern gab, trat bald die große Weltwirtschaftskrise ein. Heute nimmt die Bedeutung des Exports (s. EWG) aus denselben Gründen wieder zu.

3. Der Staat kauft: Der Staat hatte sich bisher um wirtschaftliche Dinge nur mittelbar gekümmert, durch Gesetze und Polizisten, die das Eigentum schützten und soziale Protestbewegungen in Schacht hielten. Nun wird er selber wirtschaftlich tätig, und zwar fiskalpolitisch auf dem Gebiete der Wohlfahrt und der Rüstung. Die Zauberkraft der Fiskalpolitik hat bis heute stark nachgelassen. Denn je mehr investiert wird, desto höher ist auch das Volumen der Überproduktion und desto mehr Geld muß der Staat ausgeben, um eine Krise zu verhindern. Heute müßte der amerikanische Staatshaushalt sechsmal größer sein als 1944, um die Arbeitslosigkeit unter 2 % zu drücken.

4. Staat und Unternehmer planen: Die Planifikation ist nichts anderes als die Rückkehr zum Export. Ihr Prinzip ist die Planung der Profite u.Investitionen sowie der Planung der Einkommen. Ihre Devise heißt Maßhalten und Lohnstop. Ihr Zweck ist die Senkung der Lohnkosten, um im internationalen Preiswettbewerb die Konkurrenten des Auslands zu unterbieten. Dazu muss aber ein neues autoritäres Herrschaftssystem in der Wirtschaft und der Politik eingeführt werden: die Macht der Gewerkschaften soll durch Anti-Streik und Notstandsgesetze gebrochen werden. Der Ausgang dieses Konflikts entscheidet über das Weiterbestehen des Kapitalismus und der Demokratie. Seine historische Bedeutung ist noch nicht voll erkannt!

5. Negation des Gebrauchswerts: Die Qualität der Waren wird so verschlechtert, daß sie immer kurzlebiger werden, also immer häufiger gekauft werden müssen.

IV. Die veränderte Situation im Spätkapitalismus

Die Negation des Gebrauchswerts war schon immer die Lebensbedingung jenes Systems, das an der Überproduktion von Gebrauchswerten zu ersticken drohte. Aber sie erfolgte früher verschleiert in Krisen, Industrialisierungsprojekten und im Export. Heute jedoch wird sie bewußt vorgenommen, in der Fiskalpolitik, durch Planifikation und durch die künstliche Kurzlebigkeit der Waren selbst. Dem entspricht ein ausgesprochenes Krisenbewußtsein der modernen politischen Ökonomie, z. B. von Keynes bis Galbraith, von Rossevelt bis Johnson und von Ford bis Ford.

Zugleich ist abzusehen, daß die Kurzlebigkeit der Konsumgüter und die Vernichtung von Gebrauchswerten der Bevölkerung zunehmend bewußt werden kann. (Es kann niemand vorgemacht werden, daß Damenstrümpfe nicht länger halten können als einen Tag.) Die Irrationalität des Systems, in dem die Menschen länger arbeiten müßten als es nötig ist, kann immer deutlicher erfahren werden. Es taucht ein neuer Konflikt auf, der Konflikt im Konsumbereich. Der Milchstreik war ein Vorbote einer solchen möglichen neuen Tendenz .

Anders ausgedrückt: die Produktivkräfte reichen heute aus, eine Gesellschaft des Überflusses und der Muße materiell zu sichern. Die Fesseln, die ihnen von den Produktionsverhältnissen auferlegt sind, müssen ständig verstärkt werden. Sie sind zugleich die Halteseile wirtschaftlicher und politischer Herrschaftsverhältnisse. Das Hauptkennzeichen des Spätkapitalismus ist

der verschärfte internationale Wettbewerb, der die Konjunkturen der Fünfzigerjahre ablöst. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit erfordert vor allem die Beschränkung der Arbeitnehmereinkommen und die Durchsetzung einer autoritären Staatsverfassung mit Notstands- und Antigewerkschafts-Gesetzen. Wir geraten damit in eine Periode verschärfter sozialer Konflikte und schleichenderwirtschaftlicher und politischer Krisen, in denen die Arbeitslosigkeit nicht allgemein, sondern regional ist und in denen die Arbeitnehmer die Position der Demokratie und die Oligopole die Position des autoritären Staats einnehmen. Es wäre jedoch ein verhängnisvoller Irrtum, auf den Zusammenbruch des Systems in einer katastrophalen Wirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit zu warten.

Ich komme nun erst zu dem entscheidenden Teil meines Referats, zu dem Bedingungen sozialistischer Praxis. Diese Bedingungen sind für fünf wichtige gesellschaftliche Bereiche getrennt zu untersuchen.

1. Der politische Bereich:

Auf politischer Ebene kann der Kampf nur von großen Arbeitnehmerparteien geführt werden, die eine Chance haben, an die Macht zu kommen, und die mächtig und entschlossen genug sind, den antidemokratischen Kräften ihre Bastion in den industriellen Obligopolen zu entziehen. Diese Bedingungen treffen wesentlich nur auf Großbritannien zu; dort kommt erleichternd hinzu, daß die Arbeiterbewegung auch in den anderen gesellschaftlichen Bereichen über starke Bataillone verfügt.

In anderen Ländern gilt ohne wesentliche Einschränkungen das Modell der Machtelite, der bewaffneten Trinität von politischen, ökonomischen und militärischen Mächten, die unangefochten alle wichtigen Entscheidungen treffen können. Ihnen dient ein kultureller Apparat, der über Erziehungswesen und Massenmedien alle Unzufriedenheit zu neutralisieren und an ihrer Artikulation zu hindern sucht. Die Macht dieser bürokratischen Herrschaftsapparate ist so groß und ihre Fähigkeit, Krisen zu mildern, so weit entwickelt, daß bereits Massenaktionen weder entstehen noch die Staatsmacht erobern können. Die leninistische Konzeption von der revolutionären Massenpartei gilt vielmehr nur für Länder, in denen die Staatsmacht ungefestigt oder doch zeitweilig Krisen ausgesetzt ist und in denen eine breite Agitation und die Bewaffnung der Bevölkerung möglich ist.

Im Spätkapitalismus treffen diese Bedingungen allesamt nicht mehr zu. Die einzig verbliebene politische Möglichkeit ist die Erhaltung der formalen parlamentarischen Demokratie, die für später einmal den Aufstieg einer großen Arbeitnehmerpartei ermöglicht. Die Erhaltung der der formalen Demokratie ist kein Selbstzweck; sie ist dennoch die unerläßliche Vorbedingung einer besseren Demokratie.

2. Der makroökonomische Bereich:

Die wichtigste Arbeitnehmerorganisation im makroökonimischen Bereich sind die großen Gewerkschaften. Sie haben eine strategische Position inne, deren Bedeutung ständig zunimmt. Indem Lohnplanung und die Aufhebung der Tarifautonomie zur

Vorbedingung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit werden, wird die Tarifautonomie zu einem Mittel, das empfindliche Wirtschaftsschwierigkeiten nachsichziehen kann. Hier zeigt sich, dass diebloße Verteidigung existierender Positionen ein Angriff auf das System selbst ist. Die britischen Gewerkschaften haben bereits den Preis genannt, um den sie einer Lohnplanung zustimmen würden: die gleichzeitige Planung der Dividenden, Profite usw., also Staatseingriffe in zentrale Unternehmerfunktionen, die auch unter der Planifikation noch tabu waren.

Zugleich bedeutet der erhöhte Stellenwert der Gewerkschaften, daß sie auch politisch einflußreicher werden könnten. Wenn sie sehen, daß zu. B. die SPD - wie Deist - eine Lohnbeschränkung fordert, könnte sich auch hier ein zunehmender Konflikt entwickeln. Dies setzt freilich voraus, daß die Gewerkschaften entsprechende Schritte unternehmen, um "englische Verhältnisse" bei uns zu schaffen, d. h. ein Vetorecht der Gewerkschaften gegenüber der Partei. Eine solche Chance besteht durchaus; fraglich bleibt allerdings, ob sie genutzt wird und ob sie zur Formierung einer gewerkschaftlichen Fraktion in der SPD, zu einer Spaltung der SPD oder gar zu einer neuen Partei führen kann.

Wenn die Gewerkschaften den Abbau der Tarifautonomie und den Lohnstop nicht verhindern, so ist damit der makroökonomische Konflikt nicht aus der Welt geschafft. Es käme vielmehr zu einer wachsenden Unzufriedenheit im mikroökonomischen Bereich und in der Konsumentenschaft, der sich teilweise auch gegen die Gewerkschaften richtet und sich im Mitgliederschwund ausdrückt.

3. Der mikroökonomische Bereich:

Der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im einzelnen Betrieb verschärft sich ebenfalls im internationalen Wettbewerb. Die Grundsituation ist zunächst die, dass hochqualifizierte Maschinen und Arbeitskräfte nur auf ganz bestimmte, sachlich vom Produktionsvorgang vorgeschriebene Weise kooperieren können. Die Belegschaften können also die Produktion in wachsendem Maße selbständig und auch effektiver leiten als die traditionelle unternehmerische Befehlshierarchie. Die vereinigten Produktionskräfte geraten in einen strukturell notwendigen Konflikt mit der traditionellen Unternehmerautorität.

Wenn die Belegschaft über die Kooperation untereinander und mit den Maschinen bestimmen will, dann handelt es sich vor allem um die Geschwindigkeit des Fließbandes und der Arbeitsnormen, um die Alternative Entlassungen oder Arbeitszeitverkürzungen oder darum, wieviele Arbeiter an einer Maschine beschäftigt werden sollen. Einige Soziologen behaupten, die Unternehmer würden den Belegschaften die selbständige Organisation der Produktion ohne weiteres zugestehen. Dies ist auch in Einzelfällen so. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß mit allen diesen Mitbestimmungsrechten zentrale Unternehmerfunktionen beansprucht werden; sie betreffen das Produktionsvolumen und die Herstellungskosten und damit zugleich die Profitspanne.

Die Unternehmer können normalerweise einfach die Preise erhöhen, um ihre Profitspannen zu retten. Dies ist jedoch nur in Hochkonjunkturen möglich; unter dem verschärften internationalen Wettbewerb würde es jedoch die Exportchancen spürbar mindern. Die traditionelle Befehlshierarchie der Unternehmer muss also dazu eingesetzt werden, die Autonomiegelüste der Belegschaften in Schach zu halten. Nun erhebt sich die Frage, ob die Gewerkschaften den Belegschaften in diesen Auseinandersetzungen beistehen; wenn sie es nicht tun, kommt es zu inneren Auseinandersetzungen und zum Mitgliederschwund. Hier liegen die Gründe für die Bemühungen der Gewerkschaften um eine betriebsnahe Tarifpolitik.

Die neue Stärke der Belegschaften hat verschiedene Gründe: gegenüber den Gewerkschaften fällt ins Gewicht, daß nur Tariflöhne zentral, Effektivlöhne aber an Ort und Stelle ausgehandelt werden; gegenüber der Gesamtwirtschaft fällt ins Gewicht, daß bei der intensiven Verflechtung der verschiedenen Industrien Schwerpunktstreiks auch andere Wirtschaftszweige in Mitleidenschaft ziehen; gegenüber dem einzelnen Management aber ist die Position der Belegschaften durch die Belegschaftskooperation gestärkt. Diese hat auch zu neuen Kampfformen geführt, z. B. zu Arbeite-nach-Vorschrift-Aktionen, in der die sachliche Überlegenheit der Belegschaften sich schlagend beweist. Die jüngsten Streikwellen in England haben weiterhin gezeigt, daß sich in der Notwehr gegen den Lohnstop auch Beamte, Lehrer und Angestellte radikalisieren. Die Arbeiterkontrolle ist heute weniger als je zuvor eine Utopie.

4. Der Konsumbereich

Wir haben gesehen, daß die bewußte Entqualifizierung und Vernichtung der Konsumgüter eine neue Form des sozialen Protestes begünstigt, die vor allem von den Gewerkschaften gefördert wird. Es ist unbestreitbar, daß die Vernichtung der Gebrauchswerte eine endgültige Lösung des kapitalistischen Grundproblems, der Überproduktionskrise darstellt. Aber der Preis dieser Krisenverhütung ist mit großer Wahrscheinlichkeit eine wachsende Unzufriedenheit der Konsumenten selbst. Es käme darauf an, daß die intaktgebliebene Teile der Arbeiterbewegung, vor allem Gewerkschaften und Genossenschaften, diesen objektiv bedingten Konflikt in entsprechenden Aktionen bewußt machen und damit eine wichtige Vorbedingung für eine sozialistische Bedarfswirtschaft schaffen.

5. Der Bereich des Bewußtseins

Der Ort dieses sozialen Konflikts liegt in den Köpfen der betroffenen Menschen selbst. Die Opponenten sind "kultureller Apparat", die Bewußtseinsindustrie der Herrschenden, und die lebendige "Erfahrung" der Abhängigen.

Der kulturelle Apparat dient der Verankerung der herrschenden Ideologie; seine Agenten sind die Eltern, die Lehrer, Hochschulprofessoren, die Jounalisten der Massenmedien und die Verfasser von Sonntagsreden, Broschüren und Büchern. Mit Devisen wie "Seid nett zueinander" und mit pluralistischen Schichtungstheorien wird versucht, die Menschen daran zu hindern, ihre soziale Existenz als eine antagonistische zu erfahren. Die Verschleierung der antagonistischen Realität ist

freilich nur solange restlos möglich, wie die Realität selbst dem entgegenkommt. In den kommenden sozialen Spannungen dürfte die Legende von der Allmacht des kulturellen Apparats brüchig werden, obschon nicht zu erwarten ist, daß die Vorherrschaft dieses Apparats in sich zusammenbricht. Dies hängt vielmehr von jenen Kräften ab, die gewöhnlich als "subjektive Faktoren" bezeichnet werden.

Dazu gehören keineswegs bloß die Intellektuellen, sondern kritische Elemente überall, in den Betrieben und Gewerkschaftsapparaten, in den Redaktionen, Schulen und Universitäten, nicht zuletzt aber in den Jugendverbänden jeglicher Richtung. Dieser Bereich ist besonders weit in England entwickelt. Ich möchte kurz alle seine Elemente aufführen, um uns eine konkrete Vorstellung von unseren Chancen und Aufgaben zu vermitteln. Zu ihnen gehören radikale Abgeordnete und Gewerkschafter, die über einflußreiche, von der offiziellen Arbeiterbewegung unabhängige Organe verfügen, wie die politischen Zeitschriften "New Statesman" und "Tribune" und die linke Gewerkschaftszeitschrift VOICE; zu ihnen gehört eine radikale und wachsende Betriebsrätebewegung und eine starke Genossenschaftsbewegung; schließlich haben wir die Jungsozialisten, die Labour-Studenten, sozialistische Ärzte- und Juristenvereinigungen, den Ostermarsch und nicht zuletzt die fabische Gesellschaft, als einen Brennpunkt der wichtigsten Diskussionen. Die fabische Gesellschaft ist seit 1938 vorwiegend links orientiert und hat die bedeutendsten Labour-Politiker hervorgebracht. Nicht vergessen dürfen wir schliesslich Radikalisierungstendenzen unter den Mietern, den Lehrern, den Beamten, den Angestellten und der technischen Intelligenz, die sich zunehmend mit der Arbeitnehmerbewegung identifizieren. Die britische Arbeiterbewegung bezieht also ihre Stärke daher, daß sie eine Föderation von single purpose movements ist, deren gemeinsamer Nenner letztlich die Aufhebung des Kapitalismus ist.

Auch in Westdeutschland gibt es entsprechende Ansätze. Es wäre allerdings zwecklos, sie zentralistisch zusammenfassen zu wollen; sie verlören dadurch ihren Impuls. Diese Kräfte sind sozialistische Studenten, Hochschullehrer und Lehrer, linke Gewerkschafter und - vereinzelt noch - Sozialdemokraten, Arbeiterjugendverbände, Linkskatholiken und Linksliberale, Schriftsteller und Künstler, der Ostermarsch usw.; es geht nicht darum, diese in einem sozialistischen Bund oder sonstwie zusammenzufassen oder auf ein gemeinsames Grundsatzprogramm zu vereidigen. Es kommt vielmehr darauf an, jeden dieser Bereiche für sich zu mobilisieren und die wechselseitigen Beziehungen zu intensivieren.
Die militärstrategische Devise "Getrennt marschieren - vereint schlagen!" gilt auch für gesellschaftliche Kämpfe. Single purpose movements, also Interessenbewegungen, beziehen ihre Impulse und ihre Existenzberechtigung aus den Interessen ihrer Mitgliederbasis selbst; sie können sich daher nicht ungestraft bürokratisieren und zentralisieren. Apathie und Mitgliederschwund unserer Gewerkschaften resultieren beispielsweise aus dem Fehlen einer betriebsnahen Tarif- und Mitbestimmungspolitik, Eine allgemeine Bewegung, die nicht an spezifische Interessen gekettet ist, kann sich - wie die SPD - leichter verselbständigen und auf innere Demokratie ver-

zichten. Hier liegt der Grund für die Prinzipientreue und den Erfolg der britischen Arbeiterbewegung.

Zu untersuchen wäre beispielsweise, wie Wilsons Labour Party die Identifikation der technischen Intelligenz und der Wissenschaftler mit der Labour Party erreicht hat. Wie die bis 1963 zersplitterten linken Gewerkschafter sich neu formiert haben; wie vor dem zweiten Weltkrieg die fabische Gesellschaft völlig neu und radikaler erstand; wie die Bedeutung der seit 50 Jahren unterdrückten Belegschaftsbewegung ständig zunehmen konnte; welche radikalisierenden Einflüsse die Maßhaltepolitik auf die Arbeitnehmerjeder Gattung haben konnte; warum Massenmedien für die politische Meinungsbildung weniger bedeutsam sind als spezifische politische Medien und persönliche Kontakte und Erfahrungen. Wir können alles dies mit dem Argument abtun, in England sei alles ja ganz anders; daß es aber anders ist, haben wir nicht einem blinden Geschichtsablauf, sondern der großen Aktivität der bewußten demokratischen Elemente zu verdanken.

Der SDS braucht für diese Aufgaben eine realistischere Einschätzung seiner eigenen Kraft. Studenten, von der Gesellschaft freigesetzt, sind nur insofern politisch relevant, als sie sich mit den Kräften verbinden, die aus eigenem Interesse sich für gesellschaftliche Auseinandersetzungen organisiert haben. Als Studentenverband ist der SDS nur eine Agentur der Veränderung mit begrenztem Einflußbereich, etwa auf dem Gebiete der Hochschulreform, der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit oder der Publizistik. Es ist bisher vernachlässigt worden, daß unsere Mitglieder <u>nach</u> dem Studium mehr oder minder bedeutsame Schlüsselfunktionen in der Gesellschaft einnehmen werden, als Lehrer, Hochschullehrer, Publizisten, Ärzte, Volkswirte, Techniker und Angestellte großer Bürokratien. Es kommt darauf an, daß SDS-ler gute und kritische Studenten sind und daß der SDS Studenten <u>aller</u> Fakultäten ansieht. Dies ist anvisiert, wenn Habermas schreibt:

> "Die Studentenschaft dürfte in den entwickelten Industrieländern des Westens, dürfte zumal in der Bundesrepublik, nicht in erster Linie als eine Größe selbständiger und folgenreicher politischer Kraftentfaltung interessieren. In Ansehung ihres politischen Potentials ist sie als Schlüsselgruppe, aus der sich die funktionellen Eliten rekrutieren, wichtiger." (Student und Politik, Neuwied 1961, S. 54)

V. Reform und Revolution

Ich komme nun dazu, die nebeneinander beschriebenen Bereiche sozialistischer Praxis im Zusammenhang zu betrachten. Reform und Revolution sind hierbei nicht als Zwecke verstanden, sondern als <u>Mittel</u> zu demselben Ziel: der Aufhebung des Kapitalismus. Ich möchte, so gut es in einer stark abstrahierenden Darstellung möglich ist, dieses Problem historisch darstellen. Es kommt mir dabei darauf an, die sozialistische Praxis im Zusammenhang mit ihren Bedingungen und Chancen zu verstehen, die sich historisch gewandelt haben.

1. Die politische Revolution:

Die Strategie der politischen Revolution ist bürgerlichen Ursprungs; das Besitzbürgertum griff zur politischen Macht, weil es die gesellschaftliche Macht, das Privateigentum bereits besaß. Eine solche gesellschaftliche Machtposition wollte sich das Proletariat durch die politische Machtergreifung jedoch erst erobern. Die Eroberung gesellschaftlicher Macht war ihm praktisch unmöglich, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen waren einzelne Streiks wenig aussichtsreich; die einzelnen Firmen waren im Wettbewerb noch so voneinander isoliert, daß die Übernahme einzelner Fabriken durch die Belegschaften die übrigen, das System, nicht gefährdete. Zum andern waren im frühen Kapitalismus Maschinen und Arbeiter noch so unqualifiziert, daß die Aufseher der Unternehmer für den Fortgang der Produktion notwendig waren; eine Arbeiterselbstverwaltung lag noch in weiter Ferne.

Aus diesen Gründen mußte die Erorberung der Staatsmacht am Anfang der sozialistischen Umwälzungen stehen und die politische Aktion und Revolution den Vorrang haben. Das große soziale Problem war damals noch der Mangel, das schreiende Elend und Wirtschaftskrisen mit Massenarbeitslosigkeit, die durch Ausbeutung und Profit noch verschärft wurden. Hauptziel der Arbeiterbewegung war daher Verstaatlichung und Planung der Wirtschaft, um eine gerechtere Verteilung des Wenigen, Krisenfestigkeit und eine effektivere Produktion zu ermöglichen. Der Staat mußte also erobert werden, weil er die wichtigste Machtstützte des Wettbewerbskapitalismus war und weil er zu einem Instrument der Wirtschaftspolitik umgeschaffen werden mußte.

Die Bedingungen der Eroberung des Staates waren zweierlei: Zum einen wurden Wirtschaft und Staat durch wirtschaftliche und außenpolitische Krisen immer wieder so geschwächt, daß sie ihre Machtposition nicht mehr voll verteidigen konnten. Zum anderen aber wurde angenommen, daß das Proletariat immer mehr verelenden würde und seine Arbeitsqualifikationen bis zum Stadium der beliebigen Austauschbarkeit immer homogener würden. Pauperismus und Homogenität sollten dann zu einem homogenen Klassenbewußtsein führen. Ein homogenes, radikales und umfassendes Klassenbewußtsein war die zweite Bedingung der sozialistischen Revolution.

Trotz ausgedehnter Agitation hat es ein solches totales Klassenbewußtsein vermutlich nie gegeben, und die Massen haben denn auch fast nie die Kommandohöhen der Gesellschaft aus eigenem Entschluß gestürmt.

2. Die permanente Sozialreform

Ein modernes Modell sozialistischer Praxis kann nicht das eine Element des alten verändern und das andere beibehalten. Die traditionelle Arbeiterbewegung hat jedoch weitgehend das Dogma beibehalten, daß das totale Klassenbewußtsein für gesellschaftliche Veränderungen die unerläßliche Voraussetzung ist. Daher die Fetischisierung der politischen Aktion in der orthodoxen Linken und mittelbar auch die Kapitulation der SPD; die SPD-Führung sah, daß es kein totales Klassenbewußtsein mehr gab und verzichtete daher auf das Ziel der Aufhebung des Kapitalismus.

Sie fetischisierte aber weiterhin die politisch-parlamentarische Aktion. Ähnlich argumentieren auch die pluralistischen Schichttheoretiker, die bemängeln, daß die Arbeitnehmer nichts von Marx wissen und keine Utopie haben. Was sie unter Sozialreform verstehen, kann nicht zur Aufhebung des Kapitalismus beitragen.

Die Eroberung des Staates durch eine revolutionäre Massenpartei ist heute wohl kaum noch möglich. Einerseits fehlt das totale Klassenbewußtsein; die Arbeitnehmer sind nicht verelendet und besitzen so verschiedene Arbeitsqualifikationen, daß sie ein unterschiedliches Schichtbewußtsein und teilweise auch eine Identifikation mit dem Staat entwickelt haben. Andererseits verfügt die herrschende Machtelite über übermächtige physische und ideologische Zwangsapparaturen und kann wirtschaftliche Krisensituationen korrigieren.

Der Zweck der Eroberung des Staates hat sich ebenfalls verändert. Es geht nicht mehr darum, krasse Not oder schwere Krisen durch Verstaatlichung und Planung zu lindern; der Staat ist bereits wirtschaftspolitisches Instrument, und die durch Planifikation weiter erhöhte wirtschaftliche Konzentration schafft bereits die Strukturen einer integrierten Gemeinwirtschaft. Es kommt jetzt vielmehr darauf an, die Übermacht der privaten und staatlichen Oligopoledurch Arbeiterselbstverwaltung abzubauen und die Profitwirtschaft durch eine Bedarfswirtschaft zu ersetzen. Die Erfahrungen mit Staatseigentum, besonders in England, haben gezeigt, daß weder ein Minister noch ein Parlament technisch in der Lage sind, die Managements in den staatseigenen Industrien zu kontrollieren. Diese entziehen sich vielmehr der demokratischen Kontrolle; das Verhältnis zwischen Belegschaft und Management ist ebenso angespannt wie in der Privatindustrie. Es ist daher auch nicht verwunderlich,daß die Begeisterung der Arbeitnehmer für die staatliche Gemeinwirtschaft schnell erlahmte. Die Bevölkerung ließe sich nur dann für eine Gemeinwirtschaft gewinnen, wenn ihr wirkliche Macht in wachsendem Umfang delegiert würde.

Wie können nun diese beiden Ziele, Arbeiterselbstverwaltung und Bedarfswirtschaft stufenweise erkämpft werden, ohne daß am Anfang dieser Veränderungen die Übernahme der Staatsmacht stehen muß? Wo liegt der Unterschied zum traditionellen Reformismus, dem es letztlich nicht um die Überwindung, sondern die Stabilisierung des Kapitalismus geht? Welche Rolle könnten dabei die bewußtesten Kräfte, darunter die sog. Intellektuellen, spielen?

Der Spätkapitalismus ist in eine Stufe hoher Integration eingetreten, in der die Stabilität des Ganzen von dem reibungslosen Funktionieren jedes einzelnen Elements abhängt. Diese restlose Integration ist jedoch noch nicht voll gesichert. Ihre letzten Hindernisse sind alle formaldemokratischen Garanten, die der Arbeitnehmerschaft unabhängige organisierte Aktionen erlauben; das Streikrecht, die Versammlungs- und Vereinigungsrechte, die Existenz unabhängiger Gewerkschaften und Parteien, die Meinungs- und Pressefreiheit, kurz; alle Rechte, die durch Notstands-, Arbeitsfriedens- und Antigewerkschaftsgesetze anulliert werden sollen. Die Verteidigung dieser Rechte, denen ihre Bedeutung für eine sozialistische Entwicklungn nicht anzusehen ist, ist die Vorbedingung für die Erhaltung und das Entstehen organi-

sierten Protests, für Aktionen, die an die Wurzeln des Systems selbst rühren. Die ökonomischen Hintergründe des Kampfes zwischen Autoritarismus und Demokratie hat insbesondere John Stradny untersucht (Kapitalismus heute und morgen, Düsseldorf 1957). Wir haben die Bereiche dieser Aktionen bereits genannt. Wenn die Unternehmer - wegen des internationalen Wettbewerbs - nicht mehr so leicht in Preiserhöhungen ausweichen können, dann wiegt das Veto der Gewerkschaften gegen die Lohnplanung, der Kampf der Belegschaften um betriebliche Mitbestimmung und der Protest der Konsumenten viel schwerer als in der Hochkonjunktur der Fünfzigerjahre. Sie rühren mittelbar oder unmittelbar an das Profitmotiv, die Triebkraft des Kapitalismus.

Wie aber können solche Aktionen heute zur Aufhebung des Kapitalismus führen anstatt systemimmanent zu bleiben? Zunächst sind diese Aktionen im autoritär geplanten Spätkapitalismus eo ipso nicht systemimmanent; trotzdem ist denkbar, daß ihre systemsprengende Wirkung nachträglich fortkorrigiert wird. Dies kann nur verhindert werden, wenn die Reformen in wachsender Stufenleiter durchgesetzt werden; durch die permamente Reform.
Was damit angestrebt ist, läßt sich am besten am Beispiel des mikroökonomischen Konfliktes zeigen. Hier geht es zunächst um die Kontrolle der Arbeitsbedingungen durch die Arbeiter. Ansatzpunkte sind die unmittelbaren Interessen am Arbeitsplatz: Einstellungen, Entlassungen, Normen, die Installation neuer Anlagen. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sofern sie Veränderungen der Arbeitsorganisation und der Autoritätsverhältnisse einschließt, verhilft dem Arbeiter zu größerer Unabhängigkeit. Nun kommt es darauf an, die neue Errungenschaft institutionell, vertraglich, zu sichern und in dem gewonnenen Terrain dann auszuweiten. Solche Politik setzt eine wirksame Aufklärungsarbeit voraus. Mit der neuen Errungenschaft geraten neue Faktoren in den Gesichtskreis der Arbeiter, die mit der Verfügungsgewalt des Privateigentums über die Produktionsmittel zusammenhängen. Aus der Erweiterung des Orientierungshorizonts der Arbeiter könnten sich neue Interessen ergeben, die schließlich zu neuen Forderungen u.weiterem Bodengewinn führen könnten.

Dieses Beispiel geht davon aus, daß von vorn herein kein umfassendes Klassenbewußtsein vorhanden ist. Wir haben zunächst einen Antagonismus zwischen Belegschaft und Management, der als Konflikt erfahren wird und zur Forderung nach Veränderung führt; diese Veränderung wird durchgesetzt und institutionell gesichert. Es entsteht ein neue, ebenfalls antagonistische Situation mit neuen Erfahrungen; diese werden durch Aufklärungsarbeit bewußt gemacht und führen zu weitergreifenden Forderungen. Wir haben hier ein Wechselspiel von Erfahrungen, Forderungen, Errungenschaften, deren institutioneller Sicherung und neuen Erfahrungen, die mittels Aufklärungsarbeit schließlich zu neuen Forderungen führen, die radikaler sind als die ersten. Bedingt durch den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit, kann der Konflikt erst mit der Aufhebung der Lohnarbeit verschwinden. Oskar Lange und Mao Tse Tung haben daher mit Recht festgestellt, daß es auch im Sozialismus mit Staatseigentum noch solche Widersprüche gibt. (Lange a.a.O., Mao Tse Tung. Über den Widerspruch).

Dieselbe Erscheinung, daß das Bewußtsein mit den Erfahrungen wächst, können wir auch in den anderen gesellschaftlichen Bereichen beobachten. Die Permanenz solcher Erfahrungen gäbe schließlich den Impuls ab, der die Menschen zur Parteinahme für immer radikalere Strujturveränderungen des kapitalistischen Systems gewönne. Diese Praxis ist grundsätzlich anders als das Stückwerk sozialdemokratischer Reformen, die die Grundstrukturen des Kapitalismus so lassen wie sie sind, weil sie keine strategische Perspektive haben, die über die Taktik der Tagespolitik hinausweist. So wird es möglich, daß der Kapitalismus, der heute über eine Strategie verfügt, die Errungenschaften der Arbeitnehmer nachträglich wieder neutralisieren und ins System integrieren kann. Rosa Luxemburg hatte daher schon gefordert, daß Reformen als Moment der sozialen Revolution, als Mittel zum Zweck praktiziert werden müssen (R. Luxemburg, Sozialreform und Revolution, 2. Aufl. Leipzig 1908).

VI. Über die Einheit von Strategie und Taktik

Das Erfurter Programm der SPD von 1891 zeigte schon in seiner Gliederung, dass die Vermittlung von Strategie und Taktik und damit auch von Theorie und Praxis, verlorengegangen war. Der Verfasser des praktischen Teils, Eduard Bernstein, konnte seine Reformvorschläge nicht in eine Strategie des Übergangs zum Sozialismus einfügen. Der Verfasser des grundsätzlichen Teils, Karl Kautsky, hatte keine klaren Vorstellungen von den praktischen Schritten, die zur Verwirklichung des revolutionären Ziels führen sollten. Man kann daher nicht sagen, daß er dieses Ziel später "verraten" habe; er hat es praktisch nie ernstgenommen.

Beide Auffassungen, die schon die Chance der Weltwirtschaftskrise nicht erkennen konnten, sind heute erst recht politisch folgenlos geworden. Dies hat am deutlichsten die englische neue Linke in dem Buche ;out of apathy; dargelegt (vgl. neue kritik 6, Gerhard Brandt: Die neue Linke in England). Die Forderung der neuen Linken nach einer Reformtaktik im Rahmen einer revolutionären Strategie geht über beide Positionen hinaus. Ohne die Vereinigung in einem konkreten Übergangsprogramm, das die Schritte zur Aufhebung des Kapitalismus konkret aufzeigt, wären beide sinnlos; die Taktik bliebe Stückwerk und die Strategie bliebe eine moralische Forderung ohne praktische Konsequenzen. Ein solches Übergangsprogramm gibt es noch nicht; doch seine Elemente und Gründzüge lassen sich benennen. Vor allem ist festzuhalten, daß die praktischen Maßnahmen qulitativ anders sein müssen, um mehr zu sein als Stückwerk. Dies gilt sowohl (1) für ihren Charakter selbst wie (2) für ihre Aufeinanderfolge und (3) ihre Koordination mit gleichzeitigen anderen Maßnahmen.

(1) Der Charakter der Einzelmaßnahmen:

In den Konfliktsituationen in den fünf dargestellten gesellschaftlichen Bereichen stellen die Arbeitnehmer Forderungen, die schon aus sich heraus auf eine qualitative Veränderung abzielen. Vor allem Lohn- und Mitbestimmungsforderungen rühren an den Umfang der Profite, das Funktionsprinzip des Kapitalismus. Aber auch sozialstaatliche Maßnahmen wie Sozial- und Altersversicherung und Krankenfürsorge rühren daran, wenn sie von Umverteilung des Einkommens, d. h. einer progressiverenBesteuerung, begleitet sind.

(2) Die Reihenfolge der Einzelmaßnahmen:

Die systemverändernde Potenz von Einzelmaßnahmen kann jedoch nachträglich wieder neutralisiert werden, z. B. wenn auf Lohnerhöhungen auch Preiserhöhungen folgen. Diese Potenz kann erhalten werden, wenn nach der Realisierung jeder Forderung eine radikalere erhoben wird, wenn die einzelnen Maßnahmen durch das Band einer radikalen Strategie verbunden werden. Dieses Band läßt sich jedoch nicht ein für allemal etablieren, sondern muß in einer kontinuierlichen und umfassenden Aufklärungsarbeit stets wieder praktisch geknüpft werden. Die Strategie kann also nicht abstrakt gelehrt werden, sondern entwickelt sich selbst erst in der Artikulation der unmittelbaren Erfahrungen, die die Betroffenen an der Basis selbst mit den gesellschaftlichen Antagonismen machen.

(3) Die Koordination der Einzelmaßnahmen:

Aber auch radikalere Forderungen können neutralisiert werden, wenn sie auf einzelne gesellschaftliche Bereiche isoliert bleiben. Erfolge der Mitbestimmung (im mikroökonomischen Bereich) können z. B. gesetzlich (im politischen Bereich) zunichtegemacht werden. Es kommt darauf an, daß die Aktionen der Belegschaften, der Gewerkschaften, der Parteien, der Konsumenten und der bewußten Kräfte ,sich gegenseitig stützen. Der Erfolg der Koordination hängt von der genauen Kenntnis der gesellschaftlichen Tatalität ab. Ein sozialistisches Übergangsprogramm kann nicht abstrakt konzipiert werden, sondern muß an der konkreten historischen Dynamik ansetzen, um über sie Gewalt zu gewinnen. Dazu gehört vor allem, daß die integrative und neutralisierende Kraft der kapitalistischen Maßnahmen mit der Nachkriegskonjunktur abnimmt. Hier müssen die Konsequenzen des internationalen Wettbewerbs innerhalb des Kapitalismus - und später auch mit dem Ostblock und im Verhältnis zu den Entwicklungsländern - mitkalkuliert werden.

Auf die deutsche Situation angewandt, müßte solche Strategie vor allem die Besonderheit berücksichtigen, daß die SPD keine adäquate Vertretung der Arbeitnehmerinteressen darstellt, während die stärkstePosition des Kapitalismus gerade seine politisch-ökonomisch-militärische Machtelite ist. Eine Grundregel der militärischen Strategie ist, den Gegner nicht an seinen stärksten Stellen, sondern an den schwächeren Flanken, durch indirektes Vorgehen zuerst anzugreifen. Dies gilt ebenfalls für die Situation des Widerstands, in der die Arbeiterbewegung sich heute befindet. Um sich zu behaupten, muß der Gegner vor allem die formalrechtlichen Positionen der Arbeitnehmer angreifen. Diese Positionen rein defensiv zu halten, ist bereits eine Offensive auf die Stabilität des Systems. Während an der politischen Front die Verfassungspositionen von der SPD, nicht ohne den Druck der Gewerkschaften, vielleicht noch gehalten werden können, müßten in den anderen gesellschaftlichen Bereichen die Kräfte wachsen, die diese Rechte offensiv nützen.

Die Chancen der Sozialisten liegen heute weniger im unmittelbar politischen als in den mittelbar politischen Bereichen: in Fragen des Lohns, der Belegschaftsrechte, des Konsumterrors, der Wohnungsnot, der Sozialleistungen usw.!
In diesen Auseinandersetzungen könnte die Arbeiterbewegung die gesellschaftlichen Machtpositionen aufbauen, die ihr ermöglichen, schließlich wieder in den unmittelbar politischen Bereich einzugreifen und sich wieder eine schlagkräftige politische Vertretung zu schaffen. Solches Aufrollen der Front von den schwächeren Flanken her ist kein automatischer Prozeß; er bedarf des bewußten Elements, der zunehmenden Aufklärungsarbeit, der Schaffung einer Arbeitnehmeröffentlichkeit. Es ist zu begrüßen, daß diese strategischen Möglichkeiten in Anlehnung an den englischen Militärschriftsteller B. H. Liddel Hart ("Strategie", Rheinische Verlagsanstalt, Wiesbaden) von führenden Gewerkschaftskreisen zunehmend in diesem Sinne diskutiert werden.

Die Elemente der neuen Strategie sind prinzipiell auch die der alten: politische Machtübernahme und soziale Strukturveränderungen. Nur ist unter den heutigen Verhältnissen, in denen staatliche und gesellschaftliche Macht auch nicht mehr so zu trennen sind, die Reihenfolge zu verändern. Es wäre eine Illusion, anzunehmen, daß der Übergang zum Sozialismus absolut friedlich und bruchlos erfolgen werde. E. P. Thompson schreibt hierzu in seinem Aufsatz "Revolution" in "out of apathy":

> "Nicht auf der Notwendigkeit einer gewaltsamen Revolution hat (der Sozialismus) bestanden, sondern auf der Notwendigkeit eines kritischen Konflikts in jedem Lebensbereich zum Zeitpunkt des Übergangs ...
> Nicht die Gewaltsamkeit einer Revolution entscheidet ihren Umfang und ihre Konsequenzen, sondern die Reife und Aktivität der Menschen ...
> Es ist nötig, die Stelle des Durchbruchs nicht in theoretischer Spekulation allein, sondern in der Praxis herauszufinden, durch unermüdlichen verändernden Druck in vielen Gebieten, der darauf angelegt ist, eine revolutionäre Kulmination zu erreichen ..."

An dieser Stelle, wo Thompsons Aufsatz und dieses Referat abbrechen, wäre weiterzuarbeiten. Wir können nicht optimistische Prognosen machen, aber die für sozialistische Praxis verbliebenen Chancen feststellen. Ob diese Chancen genutzt werden, ist eine Frage der ungetanen Taten, sowohl des Kapitalismus wie unserer eigenen Praxis. Wir müssen dabei die beiden eingangs zitierten Marx-Worte sehr ernstnehmen: daß die materiellen Existenzbedingungen einer neuen Gesellschaft in der alten erst ausgebrütet werden müssen und daß die Theorie in einem Volke immer nur so weit verwirklicht wird, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist. Dies bedeutet, daß die Abhängigen in allen Gesellschaftsbereichen zu mobilisieren sind; Ansatzpunkt sind die beschränkten Erfahrungen, die die Menschen jeweils in diesen Bereichen machen. Mittler der Mobilisierung sind die bewußten Kräfte, zu denen auch wir uns zählen können.

Ich habe in diesem Referat versucht, dem Gesamtzusammenhang der Bedingungen sozialistischer Praxis nachzugehen. Der Preis dafür war die Abstrakheit im Detail. Wir brauchen Genossen, die sich hinsetzen und an einer Kritik der modernen politischen Ökonomie arbeiten. Wir brauchen Genossen, die den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und sozialem Bewußtsein besser studieren. Wir brauchen Genossen, die auf die Arbeitnehmerbürokratie einwirken und die sich an der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit beteiligen. In diesem Referat sind nicht Probleme gelöst worden; sie wurden nur gestellt.

Wir brauchen eine immanente Kritik an den Einzelerscheinungen wie sie sind (Man kann den kalten Krieg nicht einfach fortwünschen und "dagegen sein"; wir müssen vielmehr fragen, wie - unter den gegebenen Bedingungen des kalten Krieges - die Berliner SPD hätte anders handeln können.). Die globale Ablehnung der SPD oder mancher Gewerkschaften, weil diese nicht revolutionär seien, ist identisch mit dem Verzicht auf Praxis (vergl. V.I. Lenin, Der "Linke Radikalismus", Berlin 1953). Kritik setzt immer an den Fakten an wie sie sind, um sie darauf abzutasten, ob nicht doch noch alternative Entwicklungen "drin sind". Abstrakte Grundsatzprogramme mit feinen Aussagen über den erstrebten Endzustand täuschen zu leicht über die akuten Probleme hinweg.

Hinweis: Im "International Socialist Journal" 2/1964 sind, nach der Niederschrift dieses Referats, zwei bemerkenswerte Aufsätze erschienen, die die hier vorgetragene These von der sog. "permanenten Reform" an zwei konkreten Beispielen entwickeln. André Gorz, Mitherausgeber der Zeitschrift "Les Temps Modernes", schreibt über "Trade Unionism on the Attack", Lelio Basso, Gründungsmitglied der PSIUP und Herausgeber der "problemi del socialismo", über "A New Socialist Party". Die Zeitschrift ist in englischer bzw. französischer Ausgabe zum Einzelpreis von DM 2,40 und zum Abonnementspreis von DM 12.- zu erhalten bei: INTERNATIONAL SOCIALIST JOURNAL, 35 Viale Lunigiana, Milano, Italien.

Mit nachträglichen Ergänzungen versehenes Referat; gehalten auf der Konferenz der Gruppenvorsitzenden des SDS am 8.März 1964 in Frankfurt; als Manuskript vervielfältigt und herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), 6 Frankfurt W 13; Kurfürstenstr.8; Tel. 77 64 22.
